



**Antragstext:**

Es wird ein Ausschuss für Sicherheit eingerichtet, welcher grundsätzlich zweimal jährlich tagt.

**Erläuterungen zum Antrag:**

Die Rheinische Post berichtete im September: „Die Kriminalhäufigkeitszahl von Hilden ist die höchste im Kreis Mettmann, gefolgt von Monheim (7423) und Ratingen (7126).“ (Quelle: [https://rp-online.de/nrw/staedte/hilden/kommunalwahl-2025-hilden-wasparteien-zur-sicherheit-sagen\\_aid-132476083](https://rp-online.de/nrw/staedte/hilden/kommunalwahl-2025-hilden-wasparteien-zur-sicherheit-sagen_aid-132476083)).

In der vergangenen Wahlperiode gab es den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnungspartnerschaften. Dieser Arbeitskreis soll aufgrund der zunehmenden Probleme im Bereich Sicherheit zu einem Ausschuss aufgewertet werden. Der bislang bestehende Arbeitskreis entfällt.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die AfD-Fraktion beantragt die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für Sicherheit. Nach eingehender Prüfung sehen wir hierfür weder eine inhaltliche Notwendigkeit noch eine organisatorische oder finanzielle Rechtfertigung.

Der bestehende Arbeitskreis „Sicherheit und Ordnungspartnerschaften“ (AK) erfüllt bereits seit den 1990er-Jahren die zentrale Funktion einer Informations- und Diskussionsplattform, die Verwaltung, Polizei und Politik zusammenführt.

Seine Aufgabe besteht darin, einen engen Austausch zwischen den beteiligten Akteuren zu gewährleisten, unterschiedliche Sichtweisen zusammenzuführen und ein vertieftes Verständnis für die komplexen Zusammenhänge im Bereich Sicherheit und Ordnung zu vermitteln.

Im Bereich Sicherheit und Ordnung sind viele sicherheits- und ordnungsrechtliche Fragen durch Gesetze vorgegeben und entziehen sich einer politischen Steuerung.

Ein Ausschuss könnte daher kaum wirksam beschließen, sondern würde sich weitgehend auf Berichte beschränken.

Der heutige AK ist bewusst nicht-öffentlich eingestuft, um sensible polizeiliche und ordnungsrechtliche Sachverhalte offen erörtern zu können.

Ein Ausschuss hingegen müsste im Sinne der Transparenz öffentlich tagen.

Dies stünde den Inhalten häufig entgegen, die sodann nichtöffentlich behandelt werden müssten.

Der AK tagt heute bei konkretem Bedarf.

Zuletzt tagte er von Sommer 2024 bis Anfang 2025 dreimal in Folge zum Thema „Angsträume“ in Hilden.

Ein Ausschuss mit einer festgelegten Sitzungsfrequenz würde dagegen regelmäßig Sitzungen erzwingen, auch wenn keine neuen Inhalte vorliegen.

Dies wäre weder effizient noch zielführend.

Politische Anliegen können weiterhin über Anträge, Anfragen oder in den bestehenden Gremien zum Beispiel im Hauptausschuss beraten und entschieden werden.

Dafür braucht es keinen zusätzlichen Ausschuss.

Ein neuer Ausschuss würde zusätzliche Verwaltungs- und Finanzressourcen binden, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu schaffen.

Fazit:

Der Arbeitskreis hat sich als geeignete Plattform bewährt, um sicherheits- und ordnungsrelevante Themen in angemessener Form zu erörtern.

Er gewährleistet den notwendigen Austausch, ohne unnötige Bürokratie aufzubauen.

Die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses wäre daher weder inhaltlich geboten noch organisatorisch sinnvoll und würde zudem unnötige Kosten verursachen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

In Vertretung  
Sönke Eichner  
1. Beigeordneter

**Klimarelevanz:**

Keine.

**Inklusionsrelevanz:**

Keine.

**Finanzielle Auswirkungen**

Produktnummer / -bezeichnung	010101 Dienste für Rat, Ausschüsse und Fraktionen		
Investitions-Nr./ -bezeichnung:			
<b>Pflichtaufgabe oder freiwillige Leistung/Maßnahme</b>	Pflicht- aufgabe	(hier ankreuzen)	freiwillige Leistung <b>X</b>

**Folgende Mittel sind im Ergebnis- / Finanzplan veranschlagt:  
(Ertrag und Aufwand im Ergebnishaushalt / Einzahlungen und Auszahlungen bei Investitionen)**

Haushaltsjahr	Kostenträger/ Investitions-Nr.	Konto	Bezeichnung	Betrag €

Für die Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitskreisen fallen Sitzungsgelder an. Die zusätzlichen Kosten hängen von der Größe und Sitzungshäufigkeit des eingerichteten Ausschusses ab. Bislang entsandte jede Fraktion ein Mitglied in den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnungspartnerschaften, bei 6 Fraktionen also 6 Personen. Das Sitzungsgeld beträgt derzeit 26 €/Person und Sitzung bzw. 46,80 €/Person und Sitzung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern (ab 01.01.2026 +2%)

**Bei über-/außerplanmäßigem Aufwand oder investiver Auszahlung ist die Deckung gewährleistet durch:**

Haushaltsjahr	Kostenträger/ Investitions-Nr.	Konto	Bezeichnung	Betrag €

Stehen Mittel aus entsprechenden Programmen des Landes, Bundes oder der EU zur Verfügung? (ja/nein)	ja (hier ankreuzen)	nein (hier ankreuzen)
Freiwillige wiederkehrende Maßnahmen sind auf drei Jahre befristet. Die Befristung endet am: (Monat/Jahr)		
Wurde die Zuschussgewährung Dritter durch den Antragsteller geprüft – siehe SV?	ja (hier ankreuzen)	nein (hier ankreuzen)
Finanzierung/Vermerk Kämmerer		



AfD-Fraktion | Mittelstraße 42 | 40721 Hilden

Hilden@afd-mettmann.de

07.10.2025

## **Antrag** zum Rat der Stadt Hilden am 5. November 2025

der Fraktion der AfD

### **Einrichtung eines Ausschusses für Sicherheit**

#### **A Forderung**

Es wird ein Ausschuss für Sicherheit eingerichtet, welcher grundsätzlich zweimal jährlich tagt.

#### **B Problem und aktuelle Lage**

Die Rheinische Post berichtete im September: „Die Kriminalhäufigkeitszahl von Hilden ist die höchste im Kreis Mettmann, gefolgt von Monheim (7423) und Ratingen (7126).“ (Quelle: [https://rp-online.de/nrw/staedte/hilden/kommunalwahl-2025-hilden-was-parteien-zur-sicherheit-sagen\\_aid-132476083](https://rp-online.de/nrw/staedte/hilden/kommunalwahl-2025-hilden-was-parteien-zur-sicherheit-sagen_aid-132476083))

In der vergangenen Wahlperiode gab es den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnungspartnerschaften. Dieser Arbeitskreis soll aufgrund der zunehmenden Probleme im Bereich Sicherheit zu einem Ausschuss aufgewertet werden. Der bislang bestehende Arbeitskreis entfällt.

Marlon Buchholz

und Fraktion

|